



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Was wollen die Polen?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Was wollen die Polen?

Von Georg Kleinow



er vor dem Kriege noch nicht Skeptiker war, sollte es während des Krieges geworden sein. Ohne eine starke Dosis Skepsis ist heute die Lektüre der Zeitungsnachrichten, soweit sie sich mit politischen Fragen befassen, noch gefährlicher wie in normalen Zeiten. Das Nachrichten-Durcheinander in der polnischen Frage war besonders geeignet, die lesende Welt zu Skeptikern zu erziehen.

Vor etwa vier Wochen konnte es dem den polnischen Dingen Fernerstehenden scheinen, als sei die Polenfrage durch den Willen einiger klar blickender Männer hüben und drüben endlich auf den rechten Weg gebracht. Infolge der recht optimistisch gehaltenen Telegramme aus dem Großen Hauptquartier und entsprechender Äußerungen, die nur aus der Wilhelmstraße stammen konnten, ging sogar ein gewisses Aufatmen durch das Zeitung lesende Publikum.

Als Herr von Hinzke nach Wien reiste, blieb Berlin mit der Hoffnung zurück, daß an der Donau alles in schönste Ordnung gebracht werden würde. Nun ist der neue Herr des Auswärtigen Amtes längst wieder in Berlin und — Optimisten glauben, es werde weiter verhandelt, in ihrem Glauben gestärkt durch die völlig unorientierten Artikel des Herrn Dombrowski im „Berliner Tageblatt“. Ich bin in allen polnischen Dingen immer gut gefahren, wenn ich Mitteilungen über polnische Entschlüsse zunächst mit größter Vorsicht aufnahm und solchen Mitteilungen überhaupt nicht glaubte, sofern sie von einer Annäherung der Polen an Deutschland erzählten. Und — ich bin damit gut gefahren und habe auch in den letzten Wochen eine Enttäuschung nicht erlebt. Gegenwärtig wird wegen der Lösung der Polenfrage nicht verhandelt! Einmal würde die Regierungskrise in Warschau solche Verhandlungen ohne weiteres unterbrochen haben, dann aber bedarf es vor allen Dingen einer Zustimmung Österreich-Ungarns zu Verhandlungen unter Ausschaltung der austro-polnischen Lösung. Diese Zustimmung ist nicht da. In Wien wird aber ein Memorandum ausgearbeitet, das Vorschläge für neue Grundlagen zu Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn bringen soll. Wird aber nicht verhandelt, so ist anzunehmen, daß in gewissen Amtsstuben in

Warschau und Berlin tiefes Sinnen darüber herrscht, warum es wohl wieder einmal nichts mit der „Lösung der Polenfrage“ geworden ist. (Eigentlich ist die Frage sehr einfach zu beantworten, wenn man nur nicht übersteht, daß die polnische Frage nicht mit einer Winterbirne verwechselt werden darf. Die Winterbirne wird vom Baum genommen, ehe sie reif ist; die Reife erhält sie bei pfleglicher Behandlung im Keller! — die Polenfrage muß dagegen völlig reif am Baum sein, ehe sie mit Nutzen abgenommen werden kann. Und die Polenfrage ist noch nicht reif, sie bedarf wohl gar noch einiger Nachfröste, ehe sie für Europa verdaulich wird.)

Es sei versucht, die wichtigsten, nicht alle Gründe für die neueste Enttäuschung darzulegen.

Wie waren doch die äußeren Vorgänge? Während der Verhandlungen in Brest-Litowsk versuchte die polnische Regierung, wie wir uns erinnern, Teilnehmer daran zu werden. Herr von Kühlmann scheint ihr auch entsprechendes Entgegenkommen gezeigt zu haben. Schließlich ist es nicht dazu gekommen: Herr von Kühlmann stattete vielmehr einen Besuch in Warschau ab und hat sich dort über die Wünsche der Polen unterrichten lassen. Dann folgten ziemlich schnell aufeinander der Abschluß des Friedens mit der Ukraine, der den Polen das Cholmer Land und Gebiete weiter nördlich absprach, und die große deutsche Frühjahrsoffensive, die unsere Linien so schnell nach Westen vorschob. Die polnische Regierung reagierte auf den ersten Akt durch den Rücktritt des Kabinetts Rucharszewski und auf den zweiten durch die Note vom 29. April, in der sie dem Wunsche einer engen Verbindung mit Deutschland Ausdruck gab. Beide Äußerungen der polnischen Regierung wurden von uns sehr ernst behandelt. Das hätte für die Polen eigentlich das sicherste Zeichen sein müssen, daß die deutsche Regierung durchaus loyal und wohlwollend an der Afte vom 5. November 1916 festhält, und daß sie nicht — wie ihr von polnischer Seite vielfach untergeschoben wird — auf einen Anlaß wartet, jene, wir dürfen es unumwunden aussprechen, sehr unbequeme Festlegung ihrer Politik zu beseitigen. Bald nach Übermittlung der Note in Berlin und Wien erkrankte der neue Ministerpräsident Steczowski, der mit dem Inhalt der Note nicht einverstanden war, so ernsthaft, daß er es vorzog, den ganzen Sommer in einem galizischen Bade zuzubringen. Die wichtigsten Verhandlungen führte in Warschau Prinz Janusz Radziwill, in Berlin Graf Ronikier im Sinne eines Zusammengehens mit Deutschland, während Graf Przewidziecki sie in Wien in österreichischem Sinne behandelte. So nahte der August und der fünfte Jahrestag des Kriegsausbruches heran. Im Augenblick, wo Prinz Radziwill bereit schien, mit der deutschen Regierung abzuschließen, und er daher ins Große Hauptquartier eingeladen ward, trat an unserer Westfront der jähe Wechsel ein, der Hindenburg zwang, die Errungenschaften seiner Angriffsschlachten an Bodengewinn aufzugeben und den Entschluß zu fassen, die Armee auf die Linien zurückzunehmen, die die Ausgangsstellung der Märzoffensive gebildet hatten. Aus dem Großen Hauptquartier geht Radziwill nach Wien und Krakau, während dort Kaiser Karl und Graf Burian eintreffen. Dann geht Herr von Hinzke nach Wien und kehrt daher zurück mit dem Bekenntnis, daß nichts spruchreif geworden sei. In Warschau bereitet sich inzwischen ein Kabinettswechsel vor, der den Prinzen Radziwill zum Ministerpräsidenten machen soll. Die „Nowa Gazeta“, nicht das Blatt der Linken, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihren

Besern vermittelt, sondern das Blatt der jüdischen Assimilatoren, der jüdischen freisinnigen Bankkreise, widmet den beiden scheidenden und dem kommenden Kabinett folgende beachtenswerten Worte: „Das Kabinett Steczkowski ging aus eigener Ohnmacht zugrunde, es ist von derselben Krankheit wie das Kabinett Rucharczewski hinweggerafft worden. Beide Kabinette haben kein deutliches politisches Programm gehabt. Beide vereinigten in sich Männer von auseinanderlaufenden Bestrebungen. Noch ein Merkmal ist beiden Kabinetten eigen: das mangelnde Verständnis dafür, daß eine unerläßliche Bedingung für das Bestehen einer jeden Regierung das Vertrauen der Nation bildet. Deshalb geht Steczkowski, ebensowenig bedauert wie seinerzeit Rucharczewski. Jetzt war es an der Zeit, die Bildung eines Ministeriums zu versuchen, das die im Lande vorhandenen politischen Richtungen zusammenfaßt. Doch darf man annehmen, daß auch das dritte Kabinett nach den bisherigen Mustern aufgebaut sein wird.“

Sonach würde also ein Ministerium Radziwill nicht imstande sein, „die im Lande vorhandenen Richtungen“ zusammenzufassen? Auf wen stützt sich Radziwill? Die Frage zu stellen ist wichtig, weil Prinz Radziwill der deutschen Regierung als diejenige Persönlichkeit gilt, die den festen Willen und auch den Einfluß besitzen soll, das werdende Polen mit dem Deutschen Reiche zusammenzuführen, obwohl seine bestimmten Versicherungen vor zwei Jahren, daß Polen nach der Selbständigkeitserklärung eine Million Soldaten stellen werde, sich nicht verwirklicht haben.

Prinz Radziwill ist Aktivist. Das will sagen, daß er zu jener kleinen Schar tapferer Männer gehört, die nach dem Rückzuge der Russen aus Polen nicht mit gefalteten Händen dabeistehen wollten, während deutsche Offiziere und Beamte einen polnischen Staat organisierten. Prinz Radziwill ist der Organisator und Chef der mustergültigen Warschauer Miliz, deren Vorhandensein es der deutschen Besatzung ermöglichte, von vornherein auf mancherlei Härten zu verzichten, die sonst einer eroberten Stadt gegenüber am Plage sind. Radziwill ist ein Mann der Tat, der den Nutzen seines Volkes gegenüber der Besatzung sehr wohl wahrzunehmen versteht und auch nicht davor zurückschreckt, mit kühnen Listen zu gewinnen, was zu erreichen sonst nicht in seiner Macht stünde. Im übrigen ist er einer der begütertsten Magnaten Polens, und seine Familie hat ausgedehnte Besitzungen in der Ukraina, in Litauen und Weißrußland. Er ist somit wirtschaftlich und sozial ein Vertreter des Großgrundbesitzes. Parteimäßig wird man ihn am richtigsten einer konservativ-klerikalen Gruppe zurechnen dürfen, die vor dem Kriege dank der Einwirkungen der russischen Politik immer mehr aufgelöst wurde von einer Partei der reinen Wirtschaftsinteressen, die des Schutzes des Staates, damals des russischen, bedurfte. Die klerikalen Neigungen und Beziehungen schufen mancherlei Verbindungen zu Krakau, Wien und Rom, — der wirtschaftliche Konservatismus verhinderte dabei aber doch das Entstehen einer lebhafteren Sinneigung zu Galizien und Österreich. Dieser innere Zwiespalt in dem gekennzeichneten Kreise erklärt seine Ohnmacht. Der wirtschaftliche Konservatismus mag es sein, der Männer wie Radziwill, Fürst Lubomirski, Graf Ronikier und andere für die Idee des engeren Zusammenhanges mit Deutschland in erster Linie vorbereitet hat. Die klerikalen Verbindungen sind in dieser Richtung

eher hinderlich als nützlich. Die polnischen Bischöfe, mit Einschluß, wenn nicht unter Führung des Erzbischofs Rakowcki, standen den Besatzungsmächten, insbesondere der deutschen Besatzung, bis in die jüngste Zeit geradezu feindselig gegenüber.

Der polnische Klerus befand sich vor dem Kriege in einer Krise, die so schwer war, daß die mächtige Organisation der katholischen Kirche in Polen in Gefahr geriet, durch das Zusammenwirken des staatlichen, russischen und sozialen Radikalismus zerrieben zu werden. Die niedere Geistlichkeit, die noch Einfluß auf die bäuerlichen Massen hatte, mußte in allen Wirtschaftsfragen radikal mit den Sozialisten und gegen den kirchlich gestimmten Großgrundbesitz gehen. Da aber die russischen Staatsorgane den Agrarradikalismus gegen die polnischen Herren unterstützen mußten, verlor der Geistliche, also auch der Bischof, der sich dennoch auf die Seite der Bauern stellte, jeden Einfluß. Vor dieser Gefahr suchte der polnische Episkopat die katholische Kirche vor allen Dingen durch peinlich bewahrte Korrektheit gegen die russische Regierung zu bewahren, was ihn von vornherein in einen tiefen Gegensatz zur deutschen Besatzungsmacht bringen mußte, die aus praktischen Gründen der Wirtschaft, aber auch aus verwaltungstechnischen Gründen ihren Einfluß mit Hilfe des Großgrundbesitzes zu festigen suchte. Erst im abgelaufenen Sommer vollzieht sich ziemlich unvermittelt eine Wandlung zur Versöhnlichkeit beim Klerus, nachdem die Bischöfe ihren Widerstand gegen eine politische Konzentrierung der wirtschaftlich führenden Klassen aufgegeben hatten. Der unter österreichisch-ungarischer Zensur in Lublin erscheinende „Dziennik Lubelski“ Nr. 286 vom 21. Juli d. J. führt diesen Stimmungsumschwung auf den Besuch des päpstlichen Delegaten Achilles Ratti in Polen zurück und stellt fest, daß der polnische Episkopat „von einem dem Aktivismus feindlichen Standpunkte zu einer Politik übergeht, die Deutschland und Österreich gegenüber ausgesprochen freundlich ist.“

Dieser Frontwechsel des Episkopats wurde und wird wohl auch noch bei der deutschen Verwaltung in Warschau als eine erfreuliche Erscheinung aufgefaßt, weil er eine wichtige Änderung in der Haltung des Interparteilichen Klubs zur Folge hatte. Anderenfalls wäre ein hochoffiziöser Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ von Paul Roth, der diese Schwenkung begrüßt und im „Monitor Polski“ lebhaften Widerhall hervorrief, nicht recht verständlich.

Der Interparteiliche Klub ist eine Sammlung politisch heterogener Elemente, die miteinander nur verbunden sind durch ihre wirtschaftlichen Interessen, deren Hauptteil vor dem Sieg der Bolschewiki in Rußland lag. Solange für sie die Hoffnung besteht, daß die Bolschewiki sich nicht halten werden, finden sich in ihnen auch noch genügend einflußreiche Elemente, die Beziehungen zur alten Realistenpartei und zum bürgerlichen Rußland unterhalten. — Wenn dieser Kreis die Verbindung mit den Aktivisten in einem bestimmten Augenblick dennoch bewirkte, so muß er sowohl die Hoffnung auf einen Sturz der maximalistischen Regierung verloren haben, wie auch allmählich zu dem Glauben gekommen sein, daß die deutschen Waffen den Sieg über die der Entente in Frankreich davontragen, und daß es daher Zeit war, sich mit Deutschland zu verständigen, ehe dieses sich mit den Russen und Ukrainern neuerdings im Gegensatz zu den polnischen Interessen verband. Nach der Wendung durch die zweite Marneeschlacht tritt dann auch, wie wir zeigten, der Rückfall in der Politik der Zurückhaltung, in den Pessimismus ein!

Aus Warschauer Pressestimmen wird es natürlich schwer fallen, den Beweis für die Richtigkeit dieser Beurteilung zu erbringen, die sich in erster Linie auf die Geschichte des Klubs und die Geschichte der Parteien und Gruppen stützt, denen die Klubmitglieder früher angehörten. Aber wir finden, was wir brauchen in der von Österreich überwachten polnischen Presse, die jede Annäherung des polnischen und deutschen Standpunktes zu hintertreiben sucht. Sie gibt uns auch eine Erklärung dafür, warum gegenwärtig, wie die „Nowa Gazeta“ schreibt, kein Kabinett ins Leben treten werde, „das die im Lande vorhandenen politischen Richtungen zusammenfaßt.“ So schreibt die Krakauer „Nowa Reforma“ vom 2. August: „... Die Ereignisse, die im Westen und Osten die Geburt des fünften Kriegsjahres begleiten, sind derart, daß sie immer mehr zu der Annahme zu berechtigen scheinen, daß noch ein neuer ... Abschnitt in der Entwicklung der polnischen Frage kommen wird — der wirklich internationale. Die westliche Entente hat schon ihren Willen und ihr „Interessament“ in der polnischen Frage kundgetan. Man muß abwarten, ob und in welchem Grade sie die Kraft und die Möglichkeit zur praktischen Anwendung dieser Kundgebung finden wird.“ (Nr. 332). Aber schon am 28. Juli stand im „Dziennik Lubelski“ zu lesen: „Die polnische öffentliche Meinung verfolgt die gegenwärtigen Riesenkämpfe im Westen mit Interesse. ... Es ist genau bekannt, daß gerade an der Marne und Wisne unser Schicksal entschieden wird. Die politischen Strömungen in Polen zeichnen sich durch eine sprichwörtliche Herzlichkeit für Frankreich aus, sie trauen England und hegen eine traditionelle Freundschaft für Amerika. ... In den polnischen politischen Rechnungen muß das deutsche Volk berücksichtigt werden und die Strömungen, die in ihm eine entscheidende Rolle spielen. ... Diese Strömungen sind uns unbequem. ... Diejenigen, die das Staatsschiff leiten, verlangen eine Sicherung auf beiden Fronten, indem sie Belgien als Faustpfand betrachten, den flämischen Separatismus unterstützen, Kurland kolonisieren, Litauen an sich fesseln und Interessensphären in Rußland bilden. Eine solche Politik entspricht den Polen nicht: Ein polnisch-deutsches Kompromiß kann für längere Zeit nur im Falle eines deutschen Desinteressements in Osteuropa bestehen. ... Unter solchen Verhältnissen kommt die französische Offensive an der Westfront, und die polnische öffentliche Meinung ist vor die Frage gestellt, ob sie der Stimme der alten französischen Sympathien oder einer anderen Stimme folgen soll. ...“ (Nr. 293). In Petrikau ist es ein offizielles Blatt, der „Dziennik Narodowy“, das am 2. August die Vorgänge in Frankreich begrüßt, indem es feststellt, „daß die Ereignisse im Westen die Aufmerksamkeit des ganzen polnischen Volkes, das die letzte Wendung des Kriegsglückes ... im allgemeinen mit einem Gefühl der Erleichterung aufgenommen hat,“ auf sich lenken. (Nr. 171).

* * *

Fassen wir das Gesamtbild der Stimmungen in Polen als Ganzes ins Auge, so sehen wir in der kultivierten Oberschicht aus Geißlichkeit, Großgrundbesitz und Bürgertum drei egozentrische Ringe übereinanderliegen, deren Eigentendenzen so stark sind, daß sie aus innerpolitischen Notwendigkeiten sich auf ein gemeinsames Zentrum nicht zu vereinigen vermögen. Dank dem Vorhandensein einer starken deutschen Besatzungsmacht in Polen wird jeder soziale Druck gegen

die Besitzenden, wie er von seiten des städtischen Proletariats ebenso wie von bäuerlicher Seite jeden Augenblick ohne eine besondere Propaganda einsetzen könnte, ferngehalten, und die Autorität der Kirche wird gegen den zersetzenden Einfluß des extremen Freisinnes geschützt. Infolgedessen können sich alle Sorgen und Hoffnungen der führenden Schichten auf die Fragen der auswärtigen Politik richten! Daher die russischen Sorgen und Hoffnungen, daher das krampfhafteste Festhalten an den Möglichkeiten, den ein Sieg der Entente oder wenigstens das Zustandekommen eines allgemeinen Friedenskongresses für die Polen versprochen, solange die Polenfrage nicht durch Abmachungen mit Deutschland oder Österreich-Ungarn erledigt und von der Tagesordnung abgesetzt ist.

Bei solcher Stimmung vermag ich in dem Eintreten des Interparteilichen Klub in die positive Arbeit an der Seite der Aktivisten eine Stärkung des deutschen Einflusses nicht mehr zu erkennen, wohl aber eine starke Behinderung der Wirksamkeit der deutschfreundlichen Aktivisten. Für die polnische öffentliche Meinung ist nicht mehr die Frage aktuell, ob österreichische oder deutsche Lösung, sondern wie vor dem Brester Frieden, ob Mittelmächte oder Entente. Vor diesem Hintergrunde müssen wir die Tatsachen aufmarschieren lassen, die seit der Note vom 29. April d. J. durch die Diplomatie der beteiligten Staaten geschaffen worden sind, um richtig zu beurteilen, wie weit die polnische Frage der Lösung entgegen geschritten ist.

Die Note der Warschauer Regierung vom 29. April d. J., in der u. a. die Wünsche der Polen an die Mittelmächte dargelegt waren, schien die Meinung zu rechtfertigen, als seien die Polen entschlossen, ihr Geschick mit dem des Deutschen Reiches zu verbinden. Aus den sich daran knüpfenden Verhandlungen im Zusammenhang mit gewissen Verschiebungen in der Stellungnahme der Parteien des Staatsrats zu Warschau hat dann die deutsche Regierung Anfang August d. J. gefolgert, daß die Polen in ihren Entschlüssen fest auf unserer Seite stünden und unter gewissen Garantien bereit seien, sowohl auf die Verbindung mit Galizien, wie mit Posen, Westpreußen und Oberschlesien zu verzichten, d. h. sich auch von der österreichischen Lösung der Polenfrage zu trennen. Nach einer Wiener Meldung der „Frankfurter Zeitung“ vom 2. September, (Nr. 243 Morgenbl.), soll die deutsche Regierung sich durch den Mund des Herrn von Hünke bereit erklärt haben, die Integrität des polnischen Königreichs zu verbürgen und den Polen eine Expansionsmöglichkeit nach Osten zu gewähren; seine unmittelbare Grenze mit Rußland, volle Bekundung des Desinteressements in der Angelegenheit der polnisch-ukrainischen Grenze, Zutritt zum Meer durch Neutralisierung des Weichselunterlaufes und Danzigs, Aufhebung der Okkupation, Übergabe der Zivil- und Finanzverwaltung an die polnischen Behörden, Zustimmung zur Rekrutenaushebung bis zu 20000 Mann, Berufung des Erzherzogs Karl Stefan auf den polnischen Thron, — alles das gesteht die deutsche Regierung angeblich unter obiger Voraussetzung zu!

Herr von Hünke soll aber keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß die austro-polnische Lösung für die deutsche Reichsleitung unannehmbar sei. „Im Falle der austro-polnischen Lösung“, so erklärte nach Warschauer Meldungen der deutsche Staatssekretär dem Prinzen Radziwiłł, „müßte Deutschland an der Linie Warthe—Narew als polnisch-preußischer Grenze festhalten“, die Polen erfuhren somit aus autoritativem Munde, daß sie die Vereinigung mit Galizien nur durch

eine neue Teilung Kongreßpolens und den endgültigen Verlust Litauens erkaufen können (vgl. Heft 19 der „Grenzboten“ d. Z.).

Nun erklärt Prinz Radziwill, in der polnischen Frage sei nichts fest gemacht, „kategorisch“ stellt er fest, daß er „keine verbindlichen Gespräche geführt habe, die auch nur Vorverhandlungen sich nähern“, das Ergebnis der Zusammenkunft der beiden Kaiser im Großen Hauptquartier lasse sich dahin zusammenfassen: „Polen wurde die freie Entscheidung in der Frage der Besetzung des Thrones überlassen. Es wurde anerkannt, daß die Entscheidung der polnischen Frage ohne Teilnahme der Polen nicht erfolgen kann. Weitere Unterhandlungen über die Regelung der polnischen Frage werden bereits zusammen mit der Vertretung der Polen stattfinden.“

Weiterhin versichert der Prinz, daß keine Rede davon sein könne, daß in Berlin Graf Ronikier eine andere Politik treibe, wie Graf Przewdziecki in Wien, was um so auffälliger erscheint, als Graf Ronikier als ein tatkräftiger Förderer der deutschen Lösung gilt, während Graf Przewdziecki ein eifriger Fürsprecher der der austro-polnischen Lösung ist.

Der augenscheinliche Widerspruch, der in Radziwills letzter Bemerkung liegt, wird sich aufklären, wenn es erst feststeht, welcher der beiden polnischen Gesandten lediglich Kulisse für die Politik des andern gewesen ist. Bis dahin müssen wir uns an die vorher geschilderten Tatsachen halten, um zu einem zutreffenden Bilde über die Ziele der polnischen Politik zu gelangen. Will Prinz Radziwill die Mehrheit des Staatsrats gewinnen, so wird er keine aktivistische Politik treiben dürfen, sondern wird eine abwartende Haltung einnehmen müssen und sich darauf beschränken, wie es ihm schon in diesem Sommer gelang, aus der Verschiedenartigkeit der Auffassungen in Berlin und Wien möglichst viel für seine Regierung herauszuholen, ohne sich selbst festzulegen. Prinz Radziwill und sein Freund Ronikier müßten außerordentlich starke Persönlichkeiten sein, wollten sie unter den einmal obwaltenden Umständen es wagen, eine aktive deutschfreundliche Politik zu treiben. Sollte die deutsche Regierung nicht noch Mittel in der Hand haben, die es ihr ermöglichten, den Widerstrebenden unter den Polen die Vorteile eines ehrlichen Zusammenfügens der polnischen mit den deutschen Interessen klarer zu machen?

